

afrika süd Nr. 2, Juni 2008

südafrika: fremdenfeindlichkeit

Das Ende des Regenbogens?

Ein Report aus Johannesburg

Vierzehn Jahre sind es her, seit in Südafrika die Apartheid abgeschafft wurde. Jetzt häufen sich Stimmen, die von einer neuen Apartheid sprechen. Diesmal werden Menschen nicht ausgegrenzt, weil sie schwarz sind, sondern weil sie anderer Nationalität sind, weil sie von woanders her fliehen mussten und in Südafrika Schutz suchten. Die Ereignisse der letzten Wochen zeugen von einem tief sitzenden Ausländerhass, der in den Slums zum Ausbruch gekommen ist. Tausende fliehen vor dem Mob in Kirchen und Polizeistationen; mehr als 60 Flüchtlinge wurden ermordet, über 80.000 sind Hals über Kopf geflohen; Zigtausende wissen nicht wohin. Erstmals seit dem Ende der Apartheid musste die Armee im Innern eingesetzt werden.

Stefanie Knoll

Neu sind die Gewaltausbrüche nicht. Die Medien hatten sich lediglich daran gewöhnt, die Berichterstattung ging zurück. Doch in der zweiten Maihälfte erreichten die Krawalle eine bis dahin nicht gekannte Brutalität. Die Wut, die sich entlud, war nicht einfach mehr mit Kriminalität zu erklären. Manche Journalisten sprechen bereits von Pogromen. Die Regierung schickte zum ersten Mal seit dem Ende der Apartheid Militär zur Verstärkung.

Die Bilder und Szenen wurden von der Presse in aller Welt aufgegriffen, Bilder, die man aus Ruanda oder Liberia kennt, aber nicht aus Südafrika. Bilder wie das eines brennenden Mannes: Er kam aus Mosambik und wurde Opfer einer grausamen Methode aus Apartheidzeiten – *necklacing*; ein Autoreifen wird einem Menschen um den Hals gelegt und angezündet, er verbrennt bei lebendigem Leibe. Die Polizei konnte die Flammen zwar löschen, doch der Mann aus Mosambik verstarb wenige Stunden darauf.

Verstörend, dass vielen Beobachtern als erstes die Frage kam, was wird nun mit der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika? Die Wirtschaft sorgt sich um das Investitionsklima, um Touristen und ausbleibende billige Wanderarbeiter. Wenig interessierte die Menschen in den feudalen Innenstädten das Elend jener Menschen.

Es beginnt in Alexandra

Die Ereignisse, von denen in aller Welt berichtet wird, beginnen am 11. Mai in Alexandra, einem berühmten Township am Rande eines der reichsten Vororte Johannesburgs: Sandton. Auf den Straßen nach Alex, wie das Township hier genannt wird, staut sich der Verkehr. Journalisten von überall her wollen eine Story, Politiker besuchen Opfer und halten Reden, Nichtregierungsorganisationen und Priester kommen zur Hilfe. Zahlreiche Ausländer und ein Südafrikaner werden hier attackiert und ermordet, ihre Hütten niedergebrannt, ihre Geschäfte leer geräumt. Ein Immigrant, der anonym bleiben will, berichtet mir, die Täter seien aus einem Wohnheim gekommen. Diesen offenbar aus KwaZulu-Natal stammenden Männern

seien in den letzten Wochen immer häufiger kriminelle Machenschaften zur Last gelegt worden. Nun versuchen sie, diese Vorwürfe auf die Immigranten zu lenken. Sie wollen offensichtlich alle aus Alex vertreiben, die nicht Zulu sind, meint mein Gesprächspartner. Alle Fremden, auch Südafrikaner, die nicht Zulu sprechen.

Mehrere Opfer berichten, dass sie nach dem Zulu-Wort für Ellbogen gefragt wurden, und als sie es nicht wussten, wurden sie attackiert. Die Regierungspartei *African National Congress* (ANC) behauptet, dass die *Inkatha Freedom Party* (IFP), eine Zulu-Partei, hinter den Attacken stecke, während die IFP den ANC beschuldigt. Aus den Aussagen der Opfer jedoch wird klar, dass keine der beiden Parteien ihre Hände in Unschuld waschen kann.

Wenige Tage nach den Ereignissen in Alexandra kommt es in Diepsloot im Norden von Johannesburg zu ausländerfeindlichen Übergriffen. Es war nicht der erste Vorfall in Diepsloot. Einen Monat zuvor schon hatten Südafrikaner Immigranten angegriffen; etwa hundert Menschen waren nach kurzer Zeit obdachlos. Die Polizei trifft erst Stunden später ein, obwohl sie mit einem Überfall rechnen musste. Es war nämlich die Polizei, die am Vorabend auf einem Gemeindetreffen die Ausländer pauschal als kriminell verurteilte. Nur wenige Stunden später sei es dann zu den Überfällen gekommen, erzählt mir Maxwell, ein Simbabweer; er lebt seit fünf Jahren in Diepsloot.

Doch diesmal sei alles viel schlimmer als sonst, sagt er. Er kann noch immer nicht glauben, was er mit eigenen Augen gesehen hat. In nur zwei Tagen, am 14. und 15. Mai, hat es hier sechs Tote und Hunderte Verletzte gegeben. Vor allem Menschen aus Simbabwe hat es getroffen. Diese leben nun in Angst und Schrecken. Maxwell meint, dass viele der Opfer am liebsten nach Simbabwe zurückkehren würden, aber dort sei die Situation ähnlich katastrophal. Obwohl viele schon seit Jahren hier leben und Familien gegründet haben, kehren jetzt die ersten zurück. Sie wollen lieber in ihrem eigenen Land sterben.

Diepsloot ist ein riesiges Township. Doch als die Attacken begannen, schickte die Polizei nur zwei Fahrzeuge. Maxwell glaubt, dass die Polizei nicht daran interessiert sei, den Flüchtlingen zu helfen; nur allzu oft werden sie Opfer der Polizei. Die Täter seien oft Schüler, deren Eltern arbeitslos sind, meint er. Deshalb plünderten sie Geschäfte und Wohnungen von Immigranten.

Bevor es dunkel wird, muss sich Maxwell von mir verabschieden. Es sei zu gefährlich, bei Dunkelheit nach Diepsloot zu gehen, denn das ist die Zeit, in der die Attacken wieder beginnen. Man sieht ihm die Angst an, nach Hause zurückzukehren.

Am 17. Mai breiten sich die Übergriffe auf den East Rand östlich von Johannesburg aus. Fünf Menschen sterben in Cleveland, zwei davon werden bei lebendigem Leibe verbrannt. In Reiger Park dringt der Mob in ein Hostel ein. Ein 71-jähriger Südafrikaner wird dabei zu Tode geprügelt. In der Johannesburger Innenstadt werden Geschäfte von Ausländern angegriffen, in den Straßen Ausländer beschimpft.

Wenige Tage später greift die Randalie auf den West Rand über, dann auf die Nachbarprovinz Mpumalanga. Am 20. Mai erreichen die ausländerfeindlichen Attacken Durban, auch hier kommt es zu Toten (siehe nachfolgenden Beitrag „Das Elend der Fremden“ von Manzi/Bond). Aus Kapstadt gehen verstörende Bilder um die Welt. Weniger weil sie Tote zeigen – zu sehen sind ganz „normale Menschen“, auch ältere Frauen darunter, wie sie die Geschäfte von Ausländern leer räumen und jubeln, als diese vor ihnen flüchten.

Tausende Ausländer fliehen in die *Central Methodist Church*. Dort halten Immigranten vor den Toren auf dem Dach Wache. Auch anderenorts haben Opfer angefangen, sich zu organisieren und zu verteidigen. Schlechtes Wetter in Johannesburg erschwert die Lage der Opfer; viele schlafen bei Kälte und Regen im Freien oder drängen sich in den Zelten. Nichtregierungsorganisationen, das Rote Kreuz und Kirchen helfen vor Ort. Sie befürchten den Ausbruch von Seuchen. Die Hilfsbereitschaft ist groß, Lebensmittel und Geräte werden gesammelt und verteilt.

Die Regierung hat nun begonnen, Opfer, die in Kirchen und Polizeistationen Unterschlupf gefunden haben, in Sonderlagern unterzubringen. Doch dort kommt es immer wieder zu Streitereien zwischen verschiedenen Gruppen sowie zwischen Flüchtlingen und der Polizei. Viele werfen der Regierung und den Vereinten Nationen vor, nicht schnell genug gehandelt zu haben.

Ausländerfeindliche Übergriffe nicht neu

Neu sind die Angriffe auf Ausländer nicht. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Angriffen auf Einwanderer aus anderen afrikanischen Ländern. Allein 471 Somalier wurden in den letzten elf Jahren getötet.

Am 15. März 2008 attackierte ein fremdenfeindlicher Mob Geschäfte von Immigranten in Mamelodi, dem Township mit dem größten Immigrantenteil in Tshwane (Pretoria). 15 Geschäfte wurden niedergebrannt, in einem davon befand sich ein neunjähriges Mädchen, das in den Flammen starb. Bewohner des Townships behaupteten, die Immigranten hätten ihre eigenen Geschäfte angezündet.

Am 18. März 2008 wurden im Township Atteridgeville bei Tshwane zwei Ausländer getötet, mehrere verletzt, Geschäfte von Ausländern wurden niedergebrannt. Dies war der Anlass zu weiteren Aktionen in der Umgebung. Hunderte flohen zur lokalen Polizeistation und in eine Schule, um in Sicherheit zu sein. In den folgenden Wochen fanden weitere Attacken statt, bei denen mindestens vier Menschen getötet wurden. Von den hunderten Flüchtlingen, die in der Schule Unterschlupf fanden, durften nur die legalen Einwanderer bleiben, viele illegale Einwanderer und Opfer von Attacken wurden abgeschoben. Dies sind nur zwei von unzähligen Vorfällen in den letzten Jahren.

Mythos und Realität

Die Zahl der Immigranten in Südafrika wird je nach Quelle auf 5 bis 6,5 Millionen geschätzt, die meisten von ihnen kommen aus Simbabwe und Mosambik. Die Feindseligkeit ihnen gegenüber ist vor allem unter jungen Menschen verbreitet. Viele Südafrikaner wollen die Früchte genießen, für die sie so lange kämpfen mussten, und die ihnen nun scheinbar von Ausländern vorenthalten werden.

Das Schema dieser Attacken ist immer das Gleiche: Oft von wenigen Provokateuren angestiftet bildet sich ein Mob, der im Township von Haus zu Haus zieht und alle angreift, die anders sind. Da in den Townships selten Weiße leben, trifft es Afrikaner, Frauen, Kinder, Männer. Dabei vergewaltigen, plündern und töten sie und stecken Häuser in Brand.

Die Slumbewohner beschuldigen die Ausländer, ihnen ihre Arbeitsplätze, Häuser und Frauen wegzunehmen und für die Kriminalität im Land verantwortlich zu sein. Sie machen sie zum Sündenbock für ihre erbärmlichen Verhältnisse in den Slums,

wo sie in Bretterbuden ohne fließendes Wasser und Strom leben müssen, wo sie keine Arbeit finden oder diese wegen der neoliberalen Umstrukturierungen und Privatisierungen verloren haben, wo sie sich aufgrund steigender internationaler Nahrungsmittelpreise keinen Mais und kein Brot mehr leisten können. Sie lassen ihre Wut an denen aus, die am leichtesten verwundbar sind.

Diese Schuldzuweisungen sind allerdings Mythen. Ausländer in Südafrika sind oft selbst arbeitslos, und wenn sie eine legale Arbeit finden, arbeiten sie für niedrigere Löhne als Südafrikaner; ein trauriges Resultat des Kapitalismus, das auf der ganzen Welt zu beobachten ist. Viele von ihnen erhalten aufgrund fehlender Papiere keine Arbeitsstelle und errichten kleine Geschäfte. Wenn diese gut laufen, ziehen sie Neid auf sich.

Die meisten Einwanderer leben in Slums und senden das wenige Geld, das sie verdienen, an ihre Familien in ihrer Heimat. Manchmal leben diese Immigranten in Billigsthäusern, die von der Regierung im Rahmen des Aufbau- und Entwicklungsprogramms (RDP) gebaut wurden; die Erstbezieher haben sie – oft aus finanzieller Not - an Ausländer weiter vermietet oder verkauft. Es ist nicht die Regierung, die diese Häuser an Immigranten vergibt, wie viele Südafrikaner behaupten. Diese Einwanderer sind auch nicht – wie eine andere Behauptung lautet - überproportional an Kriminalität beteiligt. Regierungsstatistiken zeigen, dass nur drei bis vier Prozent aller Vergehen und Verbrechen von Immigranten verübt werden, doch knapp zehn Prozent der Menschen in Südafrika sind Ausländer.

Reaktionen, Entschuldigungen, Erklärungen

Die Politik verkennt immer noch die Realität in den Townships. Noch immer hat sich kein Spitzenpolitiker in den Brennpunkten sehen lassen. Präsident Mbeki hat die Krawalle am Afrikatag (25. Mai) zwar scharf verurteilt, aber kein Wort dazu verloren, inwieweit die Sozial- und Ausländerpolitik der Regierung der Fremdenfeindlichkeit Vorschub geleistet hat.

Das Innenministerium ist dafür bekannt, mit Ausländern nicht gerade freundlich umzugehen, ist aber offen für Bestechungen. Von einigen Politikern hört man immer wieder abfällige Bemerkungen über Ausländer. Der ehemalige Innenminister Mangosuthu Buthelezi, Vorsitzender der *Inkatha*-Freiheitspartei (IFP), zieht schon seit Jahren eine Verbindung zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit. Seither hat die Anzahl der Abschiebungen zugenommen.

Der ANC hat sich öffentlich gegen die Übergriffe ausgesprochen und sich bei den ausländischen Mitbürgern entschuldigt. ANC-Präsident Jacob Zuma griff zur Bibel und rief zu Nächstenliebe auf. Nach Ansicht des ANC gehen die Attacken nicht auf Ausländerfeindlichkeit zurück, die Täter seien einfach nur „Hooligans“. Doch auch ANC-Mitglieder und die Polizei selbst haben sich in Diepsloot und andernorts an den Pogromen beteiligt und Hütten niedergebrannt; dabei sangen sie ANC-Lieder und die Nationalhymne.

Auch in bestimmten Presseorganen finden sich immer wieder ausländerfeindliche Schlagzeilen. Der Tageszeitung *Daily Sun* wird vorgeworfen, die letzten Attacken sogar angestiftet und Ausländer gerade in den letzten Wochen als *aliens* diffamiert zu haben. Ebenso ist die südafrikanische Polizei dafür bekannt, mit Ausländern nicht gerade zimperlich umzugehen. Immer wieder kommt es vor, dass Flüchtlingen von der Polizei mit Abschiebung gedroht wird, wenn sie ihnen kein Geld zahlen.

Während der Attacken der letzten Wochen war die Polizei kaum am Wohl der Immigranten interessiert. Journalisten filmten die Polizei, wie sie in Alexandra Fußball spielte, als der Mob die Straßen unsicher machte. Ein anderes Mal sahen sie tatenlos zu, als ein Mann vor ihren Augen starb. Ausländer haben sich auch darüber beschwert, dass die Polizei Randalierer sogar anstiftete und auf Ausländer schieße, statt ihnen zu helfen.

Ein Beispiel für Polizeiübergriffe auf Ausländer ist die Stürmung der *Central Methodist Church* im Zentrum Johannesburgs im Januar 2008, also lange vor den jetzigen Ereignissen. Diese Kirche bietet schon seit Jahren über 1.000 Flüchtlingen Unterschlupf. Dort ist ein Zentrum für viele soziale Projekte untergebracht. Die schwer bewaffnete Polizei räumte die Kirche ohne Durchsuchungsbefehl und verhaftete ungefähr 1.500 Flüchtlinge, unter ihnen mehr als 200 Frauen, einige von ihnen schwanger.

Doch die Kirche behauptet sich weiter als ein Ort der Zuflucht. Seit dem Ausbruch der Gewalt in den letzten Wochen strömten weitere 700 Flüchtlinge hierher, so dass nun mehr als 2.000 Menschen auf engstem Raum leben.

Viele illegale Einwanderer werden ins Abschiebelager Lindela in Krugersdorp westlich von Johannesburg gebracht. Das Lager wird von Menschenrechtsanwälten kritisiert. Ausländer ohne Dokumente werden hier oft für mehrere Monate gefangen gehalten, bevor sie abgeschoben werden. Außerdem kommt es in Lindela immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei Verhaftungen und Abschiebungen und zu Todesfällen.

Auch Südafrikaner wurden Berichten zufolge schon nach Simbabwe abgeschoben. Sie hatten keine Papiere bei sich und die Behörden glaubten, aufgrund ihres Aussehens Simbawer vor sich zu haben. Ohne Papiere, ohne Geld und ohne Kontakte müssen sie sich dann irgendwie wieder nach Südafrika zurück schlagen. Das erinnert an die Zeiten der Apartheid, in denen Papiere über Bleiberecht oder Vertreibung von Schwarzen entschieden.

Menschenrechtsgruppen kritisieren die südafrikanischen Einwanderungsgesetze. Sie würden Einwanderer kriminalisieren und damit der Fremdenfeindlichkeit Vorschub leisten. Auch die südafrikanische Menschenrechtskommission beschuldigt die Regierung, zu spät gehandelt zu haben. Die Regierung müsse sich vor allem dem Problem der Armut annehmen.

Das Südafrikanische *Institute for Race Relations* führt die ausländerfeindlichen Übergriffe auf Kriminalität, schlechte Grenzkontrollen, Arbeitslosigkeit, schlechte Bildung und Korruption zurück. Damit kritisiert das Institut vor allem Mbekis fast zehnjährige Regierungszeit.

Einige Experten glauben, dass es sich bei den Attacken weniger um Xenophobie handelt, sondern mehr um aufgestauten Frust aufgrund von Arbeitslosigkeit, extremer Armut und einem Mangel an sozialer Infrastruktur, wie etwa Häuser, Elektrizität und Wasserversorgung. Die steigenden Lebensmittelpreise tragen ebenso zur Frustration bei.

Das andere Südafrika

Ähnliche Schlussfolgerungen ziehen linke Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Am 17. Mai fand in Johannesburg eine vom Gewerkschaftsbund Cosatu organisierte Demonstration statt, bei der unter anderem auch gegen

Ausländerfeindlichkeit mobilisiert wurde. Sprecher erklärten, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in Südafrika sich nicht gegen sich selbst, sondern gegen den Kapitalismus richten sollten. Sie riefen zu Solidarität unter allen Afrikanern auf.

Die sozialen Bewegungen, die von der Regierung oft kritisiert werden, haben von Anfang an mobilisiert. Verschiedene Organisationen schlossen sich zur *Coalition against Xenophobia* zusammen. Sie veranstalteten am 24. Mai eine große Demonstration im Zentrum von Johannesburg, zu der bis zu 5000 Menschen kamen. Erstaunenswert war die Beteiligung vieler weißer Südafrikaner. Die Demonstration war ein Erfolg. Sie führte durch Hillbrow, ein Stadtteil im Zentrum Johannesburgs, in dem viele Immigranten leben. Die meisten von ihnen jubelten der Masse zu. Die Demonstration führte auch an der *Central Methodist Church* vorbei. Dies war ein wichtiges Zeichen der Solidarität. Doch nach der Demonstration ging ich an Dutzenden von Immigranten in Johannesburgs Park Station vorbei, die ihre Sachen packten, um das Land zu verlassen. Ich hörte, wie Geschäfte verbarrikiert wurden und Menschen nervös durch die Straßen liefen. Der Zauber der Demonstration war vorbei, die Übergriffe waren es nicht.

Nach den Attacken und nachdem sich die Medien von dem Thema allmählich wieder abwenden, sind die meisten Opfer noch zu eingeschüchtert, um wieder zu ihren Wohnorten zurückzukehren. Mittlerweile haben Tausende Menschen ihr Zuhause verloren. Manche Immigranten sprechen von hunderten von Toten und glauben, dass die Polizei die Opferzahl aufgrund der Fußball-WM und wirtschaftlicher Bedenken niedrig halten möchte.

Die Regierung Mosambiks hat den Ausnahmezustand erklärt und Flüchtlingslager errichtet, um den Opfern zu helfen. Allein dorthin sind schon mehr als 30.000 Menschen geflohen. Die Regierung von Malawi hat ebenso Hunderte ihrer Staatsbürger in Bussen nach Hause transportiert. Der simbabwische Oppositionsführer Morgan Tsvangirai besuchte Opfer in Johannesburg und forderte sie auf, mit ihm nach Simbabwe zurückzukehren und dort für eine bessere Zukunft zu wählen. Präsident Mugabe sprach öffentlich davon, Rückkehrern Land zu geben, und organisiert Busse für sie.

Die Täter haben ihr Ziel erreicht: ein paar tausend Ausländer weniger, ein paar Häuser und Jobs mehr. Und das auf Kosten von bis zu 70 Menschenleben. Was bleibt, ist die Armut, und diese wird immer wieder zu Unruhen führen. Die Regierung hat jetzt in einer Kehrtwende erklärt, sie werde die Armut stärker bekämpfen. Doch manche Beobachter glauben nicht mehr an die Regenbogennation Südafrika.

Die Autorin, gebürtige Österreicherin, lebt seit zwei Jahren in Johannesburg, wo sie an der Universität Witwatersrand in Politikwissenschaft promoviert und Politische Anthropologie lehrt.